

GEW bekennt sich zur "Eine(n) Schule für alle" (2025-05-23)

30. Gewerkschaftstag der GEW 2025 in Berlin

Auf ihrem 30. Gewerkschaftstag vom 20. bis zum 24. Mai 2025 in Berlin unter dem Motto „Demokratie beginnt mit Bildung“ hat die GEW unter anderem ihren Vorstand neu besetzt und neue Leitlinien für die Schulpolitik verabschiedet. In ihren Ämtern wiedergewählt worden sind die Vorsitzende Maïke Finnen und die Leiterin des Bereichs Schule in der GEW Anja Bensinger-Stolze.



Die GGG gratuliert beiden sehr herzlich und freut sich auf eine gute weitere Zusammenarbeit und einen fruchtbaren inhaltlichen Austausch. Dafür sehen wir sehr gute Anknüpfungspunkte in dem Grundsatzpapier, das nach einem intensiven dreijährigen Arbeitsprozess entstanden ist. Besonders freut sich die GGG über das offensive Bekenntnis zur Eine(n) Schule für Alle. In ihrer Antragsbegründung betonte die alte/neue Vorsitzende: „Wir brauchen einen Aufbruch in der Schulpolitik. Wir wollen die ‚Eine Schule für alle Kinder‘ in einem inklusiven Schulsystem, das alle bestmöglich unterstützt und fördert, niemanden zurücklässt.“

Zu definierende Meilensteine sollen den Rahmen für eine Strategie setzen, die ermöglicht, innerhalb der nächsten 10–20 Jahre zu diesem Ziel zu kommen. An dieser Aufgabe wird sich die GGG sehr gerne beteiligen.

Hier die zentralen Aussagen aus den neu beschlossenen schulpolitischen Positionen:

- Die GEW bekräftigt den Erhalt des staatlichen Schulwesens, damit es zu größerer Bildungsgerechtigkeit, zu mehr Chancengleichheit und Nachhaltigkeit kommt.
- Die GEW tritt offensiv für eine Stärkung von Demokratie, Teilhabe und Nachhaltigkeit in den Schulen ein. Lebendige demokratische Strukturen mit echter Beteiligung am Schulgeschehen und an Lernprojekten gehören ebenso dazu wie die Ausrichtung der Bildungsinhalte und Formen in Richtung Toleranz und Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt.
- Die GEW strebt ein langes gemeinsames Lernen in der „Eine(n) Schule für alle“ an. Das diese Schule tragende Inklusionsverständnis umfasst alle Menschen. Eine Aussonderung oder Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen verbietet sich. Pädagogische Qualität bedeutet ein umfassendes Konzept ganztägiger, ganzheitlicher und umfassender Bildung. Das Ziel besteht in einem wohnortnahen, mindestens zehnjährigen gemeinsamen Schulbesuch. Diese Schulen arbeiten ganztägig nach einem in der Schulgemeinschaft abgestimmten Konzept. Sie führen zu in allen Bundesländern gleichwertigen ersten Abschlüssen am Ende der Sekundarstufe I nach Klasse 10.
- Die GEW fordert eine strategische Diskussion, wie Inklusion und die „Eine Schule für alle“ umgesetzt

werden können. Bislang ist es nicht gelungen, einen gesellschaftlichen Konsens für ein integratives beziehungsweise inklusives Schulsystem herzustellen. Es braucht einen echten Aufbruch!

- Die GEW betont, dass sowohl die Schulstruktur als auch die Ausbildungsqualität der Pädagoginnen und Pädagogen, die Räumlichkeiten und deren Finanzierung überprüft werden müssen. Die GEW stemmt sich gegen die Veränderung der Schule im Sinne ökonomischer Verwertbarkeit des Menschen wie auch im Sinne einer Unterordnung der Schule unter ökonomische Interessen.
- Die GEW fordert einen Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Förderung für die Dauer der Pflichtschulzeit.